

## Deutsche Stimmen zur Wilsonsnote an Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 21. Oktober. Die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn hat hier genau so über- rascht wie wahrscheinlich in Wien und vor allem in Pest.

Die Blätter äußern sich vorerst sehr dürftig und all- gemein über dieses Ereignis, dessen Tragweite vor- läufig kaum zu übersehen ist.

Man rechnet damit, daß Wilsons mit Konsequenz hergetragene Ideen der restlosen Selbstbestimmung der Nationen nichts anderes im Auge haben als den Zer- fall Oesterreichs.

Ueber das Schicksal Ungarns, das sich durch die Loslösung Oesterreichs zu entziehen glaubte, dürfte ebenfalls kein Zweifel mehr bestehen.

Mit besonderem Interesse rechnet man hier auf den Zusammentritt des deutschösterreichischen National- rates.

Man nimmt an, daß den Deutschösterreichern nun- mehr gar kein anderer Weg übrig bleiben wird, als der Anschluß an das Deutsche Reich.

Welchen Weg die österreichische Regierung einschlagen wird, darüber gibt man sich angesichts der überraschenden Entwicklung der Lage noch keinen Ver- mutungen hin.

Welche Absichten von den Feinden verfolgt werden, darüber ist man in den letzten Tagen hier schon nach den Äußerungen der französischen Presse informiert. Sie scheinen darauf auszugehen, auf den Ruinen der alten Doppelmonarchie ein Ebenbild der Balkanstaaten zu errichten.

Berliner Mehrheitsblätter schreiben u. a.: „Mit wem und wie Wilson in Oesterreich nun eigentlich verhandeln will, ist vorläufig nicht abzusehen.“ — „Die jetzige Stellungnahme des Präsi- denten Wilson bedeutet zunächst die Zerschlagung Oester- reichs und eine ebenso schwere Gefährdung Ungarns. Wie denkt nun eigentlich Graf Karolyi über die Folgen seiner Verhandlungsgesellschaft?“ — „Eine Lostrennung eines Königreiches Böhmen kann den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie be- deuten.“

Der „Lokalanzeiger“ meint, man ersehe aus diesem Verhalten, daß die Wilson-Neben nicht viel mehr waren als Klitter, die die Mittelmächte in die Irre füh- ren sollten.

Die „Tägliche Rundschau“ führt aus: „Eine tiefere Demütigung ist wohl noch niemals einem Staate angeschlossen, eine größere Verhöhnung des göttlichen und menschlichen Rechtes selten ausgespro- chen worden. Das ist der Anfang des Völkerbundes, der sich auf das Recht begründet und die Menschlichkeit zu reiner Sittlichkeit emporführen soll.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Der Präsident unterstützt lediglich die Aspirationen derjenigen Völkerschaften, die sich gegen den Bestand des österreichisch-ungarischen Staates richten, will aber die, die eine Autonomie dieser Staaten bejahen, nicht anerkennen.“